



Austausch mit der Politik

Neujahrsempfang der Zahnärzte in der Bundeshauptstadt

Normalerweise wechseln die Mandatsträger im Deutschen Bundestag alle vier Jahre. Dass beim diesjährigen Neujahrsempfang von Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung (KZBV) bereits nach drei Jahren neue Gesichter zu sehen waren, geht auf die von Ex-Kanzler Gerhard Schröder geforderten Neuwahlen im Herbst 2005 zurück. Die BZÄK als Gastgeberin packte die Gelegenheit beim Schopf und informierte die neu formierte parlamentarische Gesellschaft eingehend über Situation und Ziele der deutschen Zahnärzte.

Dialog und Meinungs austausch standen im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs, zu dem die BZÄK traditionell Politiker und Gäste aus Ministerien, Verbänden und Organisationen einlädt. Insbesondere die Mitglieder des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag waren gekommen, um mit den Vertretern von BZÄK und KZBV über die aktuelle Politik zu diskutieren. Aus Bayern dabei: BLZK-Präsident *Michael Schwarz* und Vizepräsident *Christian Berger* sowie die beiden KZVB-Vorstände *Dr. Janusz Rat* und *Dr. Martin Reißig*.

Es ächzt und kracht

BZÄK-Präsident *Dr. Dr. Jürgen Weitkamp* kritisierte zum Auftakt die aktuelle Situation in der Gesundheitspolitik: „Noch werden die Menschen in Deutschland gut versorgt, aber das System ächzt und kracht.“ Weitkamp nannte die Pläne der Koalition, die Gebührenordnung von GKV und PKV zusammenzulegen, eine „echte Wunderkerze“. Nachweislich gebe es keine „gleiche“ Behandlung. Er schlug den Beteiligten vor, sich mit den Zahnärzten an einen Tisch zu setzen, um nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Er ließ dabei keinen Zweifel aufkommen, dass er für leistungsgerechte, aber weiterhin getrennte Gebührenordnungen – für GKV und für PKV – eintreten werde.

Arbeitskreis mit Zahnärzten

Marion Caspers-Merck, Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, bestätigte die Aufnahme der Arbeit in Sachen Gebührenordnung. Man habe eine eigene Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der die Mitarbeit der Zahnärzte ausdrücklich erwünscht sei. Für den Erhalt der freien Arzt- und Kassenvahl trat der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, *Dr. Hans Georg Faust* (CDU), ein. Deutschland brauche den Wettbewerb zwischen GKV und PKV. SPD-Abgeordneter *Peter Friedrich* ist neu im Gesundheitsausschuss. Er thematisierte die Herausnahme des Zahnersatzes aus der GKV. Es sei ein durchaus schmerzhafter Prozess, man müsse allerdings die Versorgungssicherheit weiterhin gewährleisten. *Daniel Bahr* von der FDP forderte eine Novellierung der GOÄ und GOZ. Eine Angleichung der Systeme hält er für nicht wünschenswert. Die FDP wolle vielmehr eine große Finanzreform der GKV, „hin zu einer Pflicht zur Versicherung“. Ungewöhnliches von Bündnis 90/Die Grünen: *Birgitt Bender* teilte mit, dass die Grünen Gesundheitsmodelle „wie in der Schweiz oder den Niederlanden prüfen“ würden. *Dr. Gesine Lötsch*, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken, will mit den Zahnärzten gemeinsame Sache machen. „Unsere Aufgabe besteht darin, der Regierung als Opposition die Zähne zu ziehen.“

Kontaktaufnahme geglückt

Wie viel von dem, was seitens der Politik gesagt wurde, auch umzusetzen sein wird, bleibt abzuwarten. Immerhin hat sich der Neujahrsempfang von BZÄK und KZBV bewährt, um Kontakte zwischen den deutschen Zahnärzten und den gesundheitspolitischen Gremien herzustellen. Es lässt sich leichter am grünen Tisch verhandeln, wenn man die Partner bereits kennen gelernt hat.

Christian Berger,
Vizepräsident der BLZK